



Der ermutigende Sozialstaat

veröffentlicht von archiv am 12 Mai 2006 - 02:00

Ein Beitrag der GRÜNEN JUGEND zur grünen Zukunftsdebatte - Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem 26. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND in Jena.

- Den deutschen Sonderweg in die Sackgasse beenden - Segel setzen nach Skandinavien!
- Für ein neues Arbeitsverständnis
- Reform der sozialen Sicherungssysteme
- Verteilungsgerechtigkeit - eine neue Debatte
- Ein neuer Finanzmix

Wo bleibt die Gerechtigkeit? Diese Frage drängt sich auf, wenn mensch einen Blick auf die bundesdeutsche Realität wirft. Deutschland 2005, das ist ein Land, in dem Millionen Menschen vor gravierenden sozialen Problemen stehen. Dahinter stecken zum Teil die alten sozialen Fragen: die nach der Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit, die derzeit Millionen Menschen Einkommen, gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung verwehrt. Oder die nach einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, wenn einerseits die privaten Vermögen unerreichte Höhen erklimmen, während andererseits hunderttausende Haushalte in der Schuldenfalle stecken und mehr als 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut leben. Doch irren alle jene, die die sozialen Probleme auf diese Fragen reduzieren. Die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft gehen weit über Arbeitslosigkeit und ungerechte Verteilung von Vermögen hinaus. Neue soziale Fragen müssen gestellt werden, wie die nach dem Zugang zu Bildung, nach der Armut von MigrantInnen, nach der immer noch vorhandenen Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, nach der Gesundheitsarmut oder der zunehmenden Ausbeutung von Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund muss die Debatte um die Zukunft des Sozialstaats neu geführt werden. Einzelne Notoperationen am bestehenden Sozialstaat werden bei der Beantwortung dieser neuen sozialen Frage nicht weiterhelfen. Wir brauchen vielmehr eine neue Grundsatzdebatte um die Aufgaben, das Selbstverständnis und die Ausgestaltung des Sozialstaates. Hier wird es unterschiedliche, kontroverse, ja widersprüchliche Vorstellungen geben – und das ist auch gut so. Keine Sachzwanglogik, keine angeblich eindeutige ökonomische Logik, keine vermeintliche ExpertInnenrunde kann eine gesellschaftliche Debatte über diese Zukunftsfrage ersetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Debatte auf dem Zukunftskongress führen. Mit diesem Beschluss wollen wir dazu beitragen, dass daraus eine leidenschaftliche, kontroverse Debatte wird. Denn es geht um eine Frage, die jeden von uns betrifft: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?

Freiheit und Gerechtigkeit

Im Zentrum einer modernen linken, emanzipativen Politik stehen die Werte der Gerechtigkeit und der Freiheit. Gerechtigkeit muss dabei mehr umfassen als Verteilungsgerechtigkeit: Zum Kern unseres Verständnisses von Gerechtigkeit gehören die ökologische und internationale Gerechtigkeit, Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sowie Chancengleichheit. Freiheit verstehen wir als Befähigung zur Selbstbestimmung und als Emanzipation von staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen.

In der Debatte um den Sozialstaat werden Freiheit und Gerechtigkeit häufig gegeneinander ins Feld geführt – es dürfte einer der größten Erfolge der Neoliberalen gewesen sein, diesen Gegensatz konstruiert zu haben. Und es war eine der größten Dummheiten der alten Linken, darauf hereinzufallen.

Wir sehen hingegen einen engen Bezug zwischen diesen beiden Werten. Wir fragen uns: Welchen Sinn soll Gerechtigkeit ohne individuelle Freiheit haben? Und andererseits: Wie soll es ohne Gerechtigkeit reale Freiheit geben. Der Wirtschafts-Nobelpreisträger Amartya Sen hat für dieses Verhältnis der Gegenseitigkeit den Begriff der Verwirklichungschancen geprägt. Dieser Begriff bietet auch Orientierung für grüne Politik: Ziel muss sein, den Menschen reale Freiräume zur Selbstverwirklichung zu eröffnen. Und dies geht eben nicht, ohne Antworten auf die harten Gerechtigkeitsfragen zu geben: Wie sollen Menschen, die in Armut leben, frei und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilnehmen? Wie steht es um die Verwirklichungschancen derer, die keinen Schulabschluss haben? Wie um die der neuen sozialen Unterschichten, die eine deutlich geringere Lebenserwartung haben als die Mittel- und Oberschichten? Wenn die Grünen wirklich eine moderne linke Partei sein wollen, dann gehören diese Fragen, dann gehört diese Orientierung an den realen Verwirklichungschancen der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik. Das heißt auch, die Verschiedenheit der Menschen ernst zu nehmen. Starke braucht weniger staatliche Unterstützung als Schwache, Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung brauchen mehr Hilfe als Gesunde.

Zugleich bietet die Orientierung an den Verwirklichungschancen der Menschen Schutz davor, in einen sozialstaatlichen Paternalismus zu verfallen. Es geht darum, die Menschen zu befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Es geht nicht darum, ihnen den eigenen Entwurf vom guten Leben – und das gilt auch für den Lebensentwurf des ökologisch aufgeklärten, humanistischen Grünen – aufzudrücken. Unser Ziel ist nicht der bevormundende, sondern der ermutigende Sozialstaat. Der existierende Sozialstaat behindert nicht nur die Chancen vieler Menschen, er verschwendet auch Unsummen an Geld auf die Nachsorge von Problemen, deren Entstehung er eigentlich hätte verhindern müssen – das gilt für das Gesundheitswesen ebenso wie für die Sicherheitspolitik, für die Integration von MigrantInnen ebenso wie für die Einbeziehung unqualifizierter Langzeitarbeitslose in die Gesellschaft. Eine Politik, die an gleichen Verwirklichungschancen und an der Ermutigung der Menschen ansetzt, ist deshalb zugleich in ihrem Innersten eine Politik der Vorsorge und der Prävention.

Ökologische und internationale Gerechtigkeit

Gleiche Verwirklichungschancen dürfen nicht mit Umweltzerstörung oder dem Zementieren internationaler Ungerechtigkeiten einhergehen. Im Gegenteil: Ein solches Vorgehen würde dieses Leitbild pervers missverstehen. Denn das Recht auf gleiche

Verwirklichungschancen kommt natürlich nicht nur den heute in Deutschland lebenden Menschen zu – sondern ebenso den kommenden Generationen und den Menschen anderswo auf der Welt.

Damit grenzt sich grüne Politik von einer Politik der entfesselten, unregulierten Märkte ebenso ab wie von einer blinden wachstumsgläubigen Nachfragepolitik, von einer brutalen deutschen Wettbewerbspolitik ebenso wie vom lafontainschen Protektionismus. Es ist die Herausforderung und das Alleinstellungsmerkmal grüner Politik, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zusammenzudenken mit ökologischer und internationaler Gerechtigkeit.

Diese Ziele werden sich nur erreichen lassen, wenn uns die Wiederbelebung der Debatte um die Definition von Wohlfahrt gelingt. Die Ausrichtung unserer Gesellschaft auf immer mehr – mehr Wachstum, mehr Konsum, mehr Leistung – zerstört die ökologischen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft. Ihre Folgen sind nicht nur überforderte Ökosysteme, sondern auch überforderte Menschen, die in der Leistungsgesellschaft nicht mehr mitkommen oder nicht mehr mitkommen wollen, die nicht zum **"flexiblen Menschen"** (Richard Sennett, amerikanischer Soziologe) werden wollen. Darin besteht auch die Chance dieser Debatte: aufzuzeigen, dass es nicht um Verzicht geht, sondern um andere Lebensentwürfe, um Entschleunigung, um mehr Freiraum für Individualität.

Ein guter Sozialstaat macht noch keine soziale Gerechtigkeit

So wichtig Reformen der öffentlichen Institutionen oder der sozialen Sicherungssysteme sind, so werden sie alleine doch nicht reichen, um die neuen sozialen Frage zu beantworten. Zu wichtig sind dabei die Rollen von Wirtschaft und Gesellschaft. Zu subtil laufen zum Teil neue Prozesse der Ausgrenzung und Diskriminierung ab. Für die Beantwortung der neuen sozialen Frage wird es auch auf andere Politikbereiche wie die VerbraucherInnenschutzpolitik oder die Gesellschaftspolitik entscheidend ankommen. Eine Politik der gleichen Verwirklichungschancen muss verhindern, dass Menschen aus sozialen Brennpunkten aufgrund von Scoring-Verfahren keine Kredite oder Handy-Verträge bekommen. Oder dass MigrantInnen keine Chance auf eine Mietwohnung haben oder auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Und sie muss die Rolle von Prävention und Vorsorge im Gesundheitsbereich stärken.

Doch sind nicht nur verschiedenen Politikbereiche gefordert, wenn es um die Lösung neuer wie alter sozialer Fragen geht. Ohne eine lebendige BürgerInnengesellschaft wird eine Politik der Inklusion und der Ermutigung letztlich scheitern, fehlt ihr doch AdressatIn und TrägerIn. Auch hier gibt es nicht wie so oft behauptet einen Widerspruch zwischen Sozialstaat und gesellschaftlichem Engagement, sondern ein gegenseitig befruchtendes Verhältnis. Ohne gesellschaftliches Engagement im Vorfeld der öffentlichen Institutionen wird der Kampf um demokratische Institutionen nicht zu gewinnen sein. Und zwar in einem doppelten Sinn: Demokratische Institutionen, in die kein gesellschaftliches Engagement einfließt, in denen sich kein Streit ums Gemeinwohl organisiert und keine Interessenrepräsentation stattfindet, trocknen von innen aus und werden zu kalten Bürokratien. Institutionen, die (noch) nicht demokratisch organisiert sind oder überhaupt erst noch erfunden werden müssen, können nur von außen durch gesellschaftlichen Einsatz in die Wirklichkeit geholt werden.

Es bedarf der Bereitstellung starker staatlicher Institutionen, um Engagement möglich zu machen, aber eben so sehr bedarf es dann eben des Einsatzes engagierter Bürgerinnen

und Bürger, um eine Gesellschaft zusammenwachsen zu lassen.

Markt und Staat

Ein stetig wiederkehrendes Motiv in der Sozialstaatsdebatte ist das vom Gegensatz zwischen (Sozial-)Staat und Markt. Dreist (und leider erfolgreich bis in die Reihen von Grünen und SPD hinein) verbreiten die Neoliberalen ihre Propaganda vom Sozialstaat, der den wirtschaftlichen Erfolg verhindere und damit für Massenarbeitslosigkeit und Armut verantwortlich sei. Nach dieser Auffassung gibt es nur eine Antwort auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme: Die Entfesselung des Marktes und das Vertrauen darin, dass wirtschaftliches Wachstum den Lebensstandard aller Menschen heben wird. Wer auf diese Propaganda hereinfällt, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er oder sie weder etwas vom Funktionieren einer Volkswirtschaft noch von Gerechtigkeit versteht – oder knallhart die Interessen einer kleinen, reichen Minderheit vertritt.

Denn erstens gibt es keinen empirischen Zusammenhang zwischen dem Umfang des Sozialstaats und dem wirtschaftlichem Erfolg des Landes. Sowohl Länder mit einer hohen Steuer- und Abgabenquote als auch Länder mit einer niedrigen sind wirtschaftlich erfolgreich – und umgekehrt. Es kommt also vielmehr darauf an, wie der jeweilige Sozialstaat aufgebaut ist und wie genau er finanziert wird. Die ökonomische Logik mag Reformen des Sozialstaats nötig machen – ihn abzubauen oder gar aufzugeben, das erzwingt sie nicht!

Zweitens ist es keineswegs so (selbst in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums nicht), dass der Markt automatisch für mehr Gerechtigkeit oder für höhere Verwirklichungschancen aller Menschen sorgt. Dies belegt ein Blick in die USA. Trotz enormen Wirtschaftswachstums hat sich die Lebenssituation der meisten Menschen verschlechtert. Als "**Joyless Economy**" (freudlose Ökonomie) verspottete daraufhin Paul Krugman, einer der renommiertesten Ökonomen Amerikas, die USA. Daraus sollte jedoch nicht der ebenso falsche Umkehrschluss gezogen werden, dass die wirtschaftliche Dynamik für das Erreichen sozialer Gerechtigkeit unerheblich ist. Ohne wirtschaftliche Dynamik sinken die Verteilungsspielräume, die sozialen Sicherungssysteme stehen unter zusätzlichem Druck und die Arbeitslosigkeit erhöht sich. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass der deutsche Staat sich stärker als andere Staaten über die Belastung von (Arbeits-)Einkommen und kaum über die Besteuerung von Bestandsgrößen finanziert. Sinken oder stagnieren durch geringere wirtschaftliche Dynamik die Arbeitseinkommen, so ist die Begrenzung der Verteilungsspielräume. Moderne linke Politik muss dies bei der Frage, wie sie den Sozialstaat gestalten will, berücksichtigen. Dazu gehört ein Bekenntnis zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft genauso wie ein Bekenntnis zu den Grenzen des Marktes. Wir wehren uns vehement dagegen, alle gesellschaftlichen Bereiche dem Zwang des Marktes und der ökonomischen Rationalität zu unterwerfen. Im Gesundheitswesen oder in der Kultur muss es Freiräume für andere Logiken, für Ethiken jenseits von Profitstreben geben.

Perspektiven für einen besseren Sozialstaat!

Unsere Gesellschaft steht also vor einer "neuen sozialen Frage", die sich auf Grund einer zunehmenden Zahl von Ausgegrenzten stellt, die an den zentralen gesellschaftlichen Gütern – Bildung, Arbeit und Einkommen – nicht mehr teilhaben. Wir sehen mit Sorge, wie die zunehmende soziale Exklusion mit der Ausbildung einer "Schicht der Ausgeschlossenen" einhergeht, die vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt ist. In

Deutschland, ja in großen Teilen der Welt besteht die ernsthafte Gefahr einer neuen Klassenspaltung, in eine Klasse der Teilhabenden und eine Klasse der Ausgeschlossenen. Diese neue Klasse wird sich aus vielen Gruppen zusammensetzen: aus den Hängengebliebenen, die schon immer draußen waren, aus den Abgestürzten, die aus der Mitte nach unten durchgefallen sind, oder aus den Verunsicherten, die Angst haben, bald zu den Ausgeschlossenen zu gehören.

Der deutsche Sozialstaat hat sich als unfähig erwiesen, eine Antwort auf diese neuen sozialen Probleme zu finden, ja er trägt stellenweise sogar die Schuld an diesen Problemen. Der Erfolg im deutschen Bildungswesen ist so stark an die soziale Herkunft gekoppelt, dass sich die Vereinten Nationen einen Sonderberichtersteller nach Deutschland schickten, der die deutsche Regierung an das Menschenrecht auf Bildung erinnerte. MigrantInnen und Menschen aus sozial benachteiligten Milieus werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, ohne dass es zu einem großen Aufschrei kommen würde. Der deutsche Sozialstaat ist immer noch zugeschnitten auf ein Ehepaar mit einem gut verdienenden Mann und einer kindererziehenden Hausfrau. Dies ist eine der Ursachen für die Ausgrenzung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In keinem anderen Land der OECD gibt es so viele Langzeitarbeitslose wie in Deutschland und nirgendwo haben sie so schlechte Chancen für eine Rückkehr an den Arbeitsmarkt. Dabei werden im Deutschland hohe Summen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgegeben. Ältere Menschen wurden mit der Frühverrentungspolitik systematisch aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme allein über den Faktor Arbeit und die besondere Belastung unterer Einkommen hat das Entstehen neuer Jobs im Dienstleistungsbereich stark erschwert. Da es in der Sozialversicherung keinen Freibetrag gibt und die Beitragsbemessungsgrenzen die Zahlung oberer Einkommen beschränken, werden untere Einkommen wesentlich stärker belastet. Insbesondere in einem arbeitsintensiven und preisempfindlichen Bereich, wie Dienstleistungen, hat dies negative Auswirkungen. Häufig ist es dadurch billiger Arbeitskräfte durch erhöhten Ressourcenverbrauch (neuer Fernseher statt Reparatur, eigenes Auto statt Taxi) zu ersetzen.

Es hat deshalb nichts mit moderner linker Politik zu tun, den Sozialstaat deutscher Prägung zu verteidigen. Ebenso wenig verteidigen wir die Politik von Ex-Bundeskanzler Schröder und Teilen der grünen Fraktion, die unter dem Vorwand eines Umbaus des Sozialstaats tatsächlich seinen Abbau betrieben haben. Wir fordern stattdessen, dass die Grünen für einen ermutigenden Sozialstaat eintreten, in dem gleiche Verwirklichungschancen, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit die Leitbilder sind.

Den deutschen Sonderweg in die Sackgasse beenden - Segel setzen nach Skandinavien!

Die skandinavischen Länder weisen in fast allen Politikbereichen größere Erfolge auf als Deutschland: sie haben eine geringere Arbeitslosigkeit, deutlich niedrigere Armutsquoten, sind erfolgreicher bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, haben hervorragende Bildungsabschlüsse sowohl in der Breite wie auch in der Spitze, sie sind Deutschland auf dem Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft um Meilen voraus, sie betreiben eine mindest ebenso konsequente Umweltpolitik und liegen bei vielen Umweltrankings noch

vor Deutschland und sie erfüllen die 0,7%-Quote in der Entwicklungsfinanzierung. Gerade für uns Grüne können und sollten die skandinavischen Länder deshalb Vorbilder sein. Es geht dabei keineswegs darum, das skandinavische Modell zu überhöhen oder gar zu glorifizieren. Es geht auch nicht um die Behauptung, die Bundesrepublik bzw. die kontinentaleuropäischen Staaten sollten das skandinavische Modell übernehmen. Als gebe es einen Schalter, den man einfach umstellen könnte. Als hätten wir nicht unsere eigene Sozialstaatstradition, aus der wir in bestimmten Punkten nicht heraus kommen können, und auch nicht sollten. Und als wären die Praxis kleiner Länder wie Dänemark oder Norwegen ohne weiteres auf große Länder wie Deutschland oder Frankreich übertragbar. Schließlich lassen sich auch im angelsächsischen Modell emanzipatorische Elemente finden, die gegenüber paternalistischen Momenten in skandinavischen Modellen vorzugswürdig sind. Letztlich geht es darum, dass wir uns an bestimmte zentrale Elemente in einem anspruchsvollen und anstrengenden Prozess annähern können und sollten.

Fünf Bausteine könnten helfen, den deutschen Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild fit für die neuen sozialen Herausforderungen zu machen: eine Stärkung der öffentlichen Institutionen, ein neues Bildungssystem, eine Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, ein neues Geschlechterverhältnis und ein neuer öffentlicher Finanzierungsmix.

It's the institutions, stupid!

In vielen Bereichen setzt der deutsche Sozialstaat primär auf individuelle Transfers – und erzielt damit schlechte Ergebnisse. Zugleich fristen die öffentlichen Institutionen ein kümmerliches Dasein: zum Teil sind sie wie bei der Kinderbetreuung für Unter-Dreijährige gar nicht vorhanden, ansonsten baufällig (wie viele deutsche Schulen), personell unterbesetzt (wie der gesamte Bildungs- und Forschungsbereich, aber auch viele öffentliche Behörden wie zum Beispiel die Steuerverwaltung) und strukturell in keiner Weise auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet.

Besonders eklatant ist dies im Bereich der Kinder- und Familienförderung. International bietet Deutschland hier Familien mit Kindern eine vergleichsweise hohe steuerliche Förderung: Jährlich werden rund 60 Milliarden Euro über umfangreiche Steuererleichterungen und Finanzhilfen in die direkte Förderung von Familien mit Kindern investiert. Gleichzeitig ist die Infrastruktur für Kinderbetreuung quantitativ wie qualitativ desolat. Mit dieser Politik wird keines der angestrebten Ziele erreicht: weder kinderfreundliche Bedingungen noch ein durchschlagender Erfolg bei der Bekämpfung der Kinderarmut. Zugleich ist das ungenügende Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder unter sechs Jahren einer der Hauptgründe für die Misere und die hohe soziale Auslese des deutschen Bildungssystems.

Die GRÜNE JUGEND fordert deshalb einen entschiedenen Kurswechsel. Die öffentlichen Institutionen gehören in den Mittelpunkt der politischen Debatte, sie müssen an vielen Stellen grundlegend reformiert werden und sie brauchen schlicht und einfach sehr viel mehr Geld und personelle Ressourcen. Denn die öffentlichen Institutionen spielen angesichts der neuen sozialen Frage eine herausragende Rolle: Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit werden sich nur mit besseren Kindergärten, Schulen und Universitäten verwirklichen lassen, ein würdevolles Leben im Alter nur mit besseren Pflegeeinrichtungen und Steuergerechtigkeit nur mit einer besseren Steuerverwaltung. Das muss allerdings auch heißen, dass der Ausbau öffentlicher Institutionen Vorrang gegenüber neuen oder höheren monetäre Transfers bekommen muss, ja dass zum Teil

monetäre Transfers zu Gunsten besserer öffentlicher Institutionen abgebaut werden müssen.

Letztlich meint der Institutionengedanke, sich wieder der Notwendigkeit staatlichen Handelns zu vergegenwärtigen, die Rolle des Staats zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit ernst zu nehmen. Ein ermutigender Sozialstaat, ein Sozialstaat der Institutionen, das ist kein abgemagerter Sozialstaat – unser Plädoyer halten wir zugleich für einen anderen und für einen umfassenderen Sozialstaat.

Wie groß die Aufgabe eines solchen Kurswechsels ist, wollen wir am Beispiel des deutschen Vorschul- und Schulsystems deutlich machen. Viele andere Bereiche wären ebenso zu beschreiben: Hochschulen, der Bereich der Pflege, Kulturinstitutionen. Doch wollen wir uns hier bewusst auf diese beiden Bereiche beschränken, weil ihnen aus unserer Perspektive eine Schlüsselrolle bei der Beantwortung der neuen sozialen Fragen zu kommt. Wer heute nicht in bessere Schulen und Kindertagesstätten investiert, der verspielt die Zukunft der Kinder und den sozialen Frieden von morgen. Und das dürfen wir uns als junge Generation nicht gefallen lassen.

Gerechtigkeit fängt früh an!

Das deutsche Bildungssystem braucht dabei nicht weniger als eine Revolution – und zwar von klein auf. Ein Schwerpunkt muss dabei auf dem vorschulischen Bereich liegen, denn hier ist Deutschland ein absolutes Entwicklungsland. Für Kinder unter drei Jahren gibt es nahezu keine Betreuungsangebote, bei denen über drei Jahren sind es immer noch zu wenige, die zudem zumeist nicht kostenlos sind und die sich nahezu ausschließlich als Betreuungseinrichtungen verstehen – und nicht als Orte der Erziehung und des spielerischen Lernens. Dies ist umso fataler, weil empirische Studien belegen, dass bereits kleine Kinder lernen können und wollen, ja das bereits im Alter zwischen drei und sechs Jahren die Fundamente für eine gute Bildung gelegt werden müssen. Dieser Missstand findet eine seiner Ursachen in den noch immer wirkenden konservativen Vorstellungen von Familie und der Eltern-Kind-Beziehung. In Deutschland gilt noch immer: Am besten sind kleine Kinder bei ihrer Mutter aufgehoben. Wenn Mütter diesem Bild nicht entsprechen, werden sie schnell als Rabenmutter beleidigt. Diese verquere Vorstellung, die durch die Erziehungsforschung längst widerlegt ist, ist schlecht sowohl für die Eltern wie für die Kinder. Besonders schlecht ist sie aber für die Kinder, die so in Verhältnissen aufwachsen, in denen in ihre Eltern aus welchen Gründen auch immer – ob aus materieller Armut, weil sie es schlicht nicht gelernt haben oder weil sie sich nach Jahren des Sozialhilfebezugs und der Ablehnung durch die Gesellschaft selbst zurückgezogen haben – nicht optimal fördern können. Und besonders schlecht ist es vielfach für Kinder mit Migrationshintergrund.

Deshalb wollen wir als GRÜNE JUGEND mit dieser überkommenen deutschen Tradition brechen. Wir setzen uns ein für einen Rechtsanspruch für U3-Betreuungsplätze und den Aufbau eines flächendeckenden kostenlosen Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren. Dies wollen wir durch eine Kürzung des Kindergeldes finanzieren. Zugleich sollen die Kindergärten zu Orten der Betreuung, der Erziehung und der Bildung ausgebaut werden. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren soll der Kindergarten verpflichtend und kostenlos sein. Finanziert werden könnte dies durch eine Abschaffung des EhegattInnen-Splittings. Der Bund könnte mit diesem Geld Gutscheine an die Eltern ausgeben für kostenlose U3-Betreuung. Diese Gutscheine können die Eltern dann in den Kommunen einlösen, die damit einen Anreiz und die Finanzmittel erhalten, entsprechende

Betreuungseinrichtungen aufzubauen.

In diesen Schritten liegen großartige Chancen: für die Kinder, denen Orte des gemeinsamen Spielens und Lernens geboten werden, ebenso wie für Eltern, denen ein Teil der Last der Kinderbetreuung genommen wird. Doch dazu ist viel Sorgfalt bei der Ausgestaltung der Kinderkrippen und Kindertagesstätten nötig, denn diese dürfen nicht zu seelenlosen Verwahranstalten werden. Dazu braucht es finanzielle Spielräume bei den Kommunen für Investitionen in kindergerechte Gebäude, eine Aufwertung der ErzieherInnenausbildung durch Verlagerung an Hochschulen und Geld für gesunde, ökologische Mahlzeiten und kreative Spiel-Angebote. Wir sprechen uns auch für eine weitgehende Autonomie der einzelnen Einrichtungen aus – diese sollten gemeinsam mit den Eltern aber auch mit den Kindern über ihr Budget, ihr Personal, aber auch die konkrete Ausgestaltung des Bildungsauftrages entscheiden können.

Auch in den deutschen Schulen besteht dringender Handlungsbedarf. Der Kollaps der Berliner Rütli-Hauptschule vor den Augen der Öffentlichkeit hat diesmal noch einmal deutlich gemacht – auch wenn spätestens seit PISA klar sein sollte, in welcher Sackgasse das deutsche Bildungssystem steckt. Wenn diese Missstände nicht endlich zu dem Top-Thema der Linken werden, dann kann sie ihren Anspruch auf Gerechtigkeit begraben.

Notwendig ist im Schulsystem ein Dreiklang aus Strukturreformen, einer neuen Lernkultur und mehr personellen und finanziellen Ressourcen. Nur mit diesen drei Säulen wird sich ein Schulsystem errichten lassen, das dem Anspruch von Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit entsprechen kann. Wie in kaum einem anderen Bereich ließe sich hier das skandinavische Vorbild, vor allem das finnische übertragen – wenn in Deutschland endlich einmal eine entideologisierte Debatte über Schul- und Bildungspolitik stattfinden würde. Dabei gilt es zuerst einmal den angeblichen Widerspruch zwischen Leistung und einer offenen, an den Wünschen und Interessen der Kinder orientierten Lernkultur aufzulösen. Gute Leistungen lassen sich keineswegs mit dem Rohrstock oder seinen zeitgenössischen Äquivalenten erzielen, sondern sie entstehen vielmehr aus Neugierde, Freude am Lernen und Erfolgserlebnissen. Diese anzuregen muss im Mittelpunkt einer Lernkultur der individuellen Förderung stehen. Aus einem Menschenbild des Empowerment heraus muss der Grundsatz gelten: die meisten Kinder haben Schwächen, aber alle haben Stärken. Diese zu entdecken, sie gemeinsam zu entwickeln und sie individuell zu fördern muss der Auftrag der LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen sein und nicht wie bisher das Nachweisen von Mängeln und Fehlern.

Zugleich müssen sich die Strukturen der deutschen Schule grundlegend ändern. Der wohl wichtigste Schritt ist der zur Ganztagschule, die zum einen die Freiräume für individuelle Förderung schaffen würde und zum anderen die hohe soziale Selektivität reduzieren könnte. Denn so würden auch Kinder aus bildungsfernen Schichten in den Genuss von Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe oder qualitativ hochwertigen Nachmittagsangeboten kommen. Dabei ist eine gute Ganztagschule nichts weniger als die Verlängerung des derzeitigen Schulübels in den Nachmittag hinein, sondern sie entzerrt und entschleunigt den Schulalltag und sie eröffnet den Freiraum für Sport-, Kultur- oder Medienangebote am Nachmittag. Zudem fordert die GRÜNE JUGEND ein Ende des dreigliedrigen Schulsystems. Die deutsche Schulpraxis des Aussortierens und Abschiebens ist gescheitert – ihr Ergebnis ist die Konzentration aller Problemfälle an den Hauptschulen. Doch auch die Leistungsspitze profitiert von dieser Politik nicht – die finnischen Gemeinschaftsschulen erreichen mit ihrer Mischung aus gemeinsamen Lernen und individueller Förderung bessere Ergebnisse in der Spitze wie auch im unteren Bereich.

Deshalb spricht nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch die Leistungsorientierung für eine neue Gemeinschaftsschule.

Doch wird keine dieser Reformen – egal ob individuelles Fördern, Ganztagschule oder Gemeinschaftsschule – ohne eine bessere Ausstattung der Schulen Früchte tragen. Im Gegenteil: Die Ganztagschule ohne mehr LehrerInnen, ohne SchulsozialarbeiterInnen und BetreuerInnen droht zur Verwahranstalt zu werden, individuelles Fördern ist ohne zusätzliche LehrerInnenstunden pro SchülerIn nicht möglich. Doch es geht nicht nur um mehr Personal. Es geht um Investitionen in die Schulinfrastruktur, es geht um Geld für Projektunterricht oder um Geld für ökologisches Essen an den Schulen. Wie groß der zusätzliche Finanzbedarf in den deutschen Schulen ist, zeigen Schätzungen des Verbandes der bayrischen Wirtschaft: dort wurden 25-30 Milliarden Euro Mehrausgaben pro Jahr eingefordert. Es ist unvorstellbar, dieses Geld durch Haushaltsumschichtungen oder Subventionskürzungen zeitnah zusammen zu bekommen. Eine Fokussierung auf solche Finanzierungsformen wird dazu führen, dass in absehbarer Zeit einfach nichts passieren wird. Wer Gerechtigkeit von früh auf will, wer eine Politik der gleichen Verwirklichungschancen will, der muss letztlich auch den Mut haben, zu sagen, dass es dafür mehr Staat braucht. Und das höhere Steuer, jedoch sozial Gerecht gestaltet, der Preis sind, den wir dafür bezahlen müssen.

Mehr Geld für Institutionen – also gutes Geld schlechtem Geld hinterherwerfen?

Gegen die Forderung, drastisch mehr Geld in die öffentlichen Institutionen zu stecken, wird sich viel polemische, aber auch berechtigte Kritik richten. Berechtigt, weil viele dieser Institutionen in einem schlechten Zustand sind. Also warum sollen schlechte Institutionen mehr Geld bekommen? Polemisch, weil die öffentlichen Institutionen seit Jahren bewusst und gezielt durch öffentliche Kampagne delegitimiert worden sind – durch neoliberale Vorhutorganisationen wie dem "Bund der deutschen Steuerzahler", aber auch durch die Politik selbst, die oft undifferenziert über Verschwendung und überbordende Bürokratie lamentiert. Doch auch die öffentlichen Institutionen haben durch Intransparenz und Ineffizienz zu ihrem schlechten Bild in der Öffentlichkeit beigetragen.

Deshalb wird es bessere Institutionen nur geben, wenn sich das Selbstverständnis in den Institutionen ändert. Die GRÜNE JUGEND fordert hier eine neue Fehlerkultur und mehr Transparenz ein. Fehler und Missstände dürfen nicht primär als persönliches Versagen aufgefasst werden, sondern als Anlass, noch besser zu werden. Eine solche Kultur, gemeinsam mit einer regelmäßigen Evaluation von außen und einem transparenten Umgang mit den Evaluationsergebnissen, kann dazu beitragen, dass sich die Institutionen und ihre Außenwahrnehmung Schritt für Schritt verbessern werden. Gleichzeitig müssen Vorgänge und Aktivitäten in den Institutionen der Öffentlichkeit zugänglich sein – ein konsequentes Informationsfreiheitsgesetz ist dabei ein wichtiger Schritt.

Es geht aber auch ganz entscheidend um mehr lokale Autonomie für diese Institutionen. Der deutsche bürokratische Föderalismus hat gerade im Bildungsbereich verhindert, dass es zu einer lebendigen Schulkultur kommt. Im Mittelpunkt einer Reform und der Aufwertung diese Institutionen muss deshalb auch eine Kompetenzverlagerung nach unten stehen. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen müssen über ihr Profil und ihr Budget eigenständig verfügen dürfen. Dies erzwingt gleichzeitig aber auch eine sehr viel demokratischere Ausgestaltung des Innenlebens dieser Institutionen. Die direkt Betroffenen – die Kinder, SchülerInnen und Studierenden - müssen auch direkt und

gleichberechtigt an der Lenkung der Institutionen beteiligt werden.

"Der Staat kann keine Arbeit schaffen." Na so ein Blödsinn!

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben alle politischen Parteien zu ihrem Topthema erklärt. Und dabei wiederholen alle stets mantraartig, der Staat könne keine Arbeitsplätze schaffen, sondern nur die Rahmenbedingungen setzen. Dabei zeigt ein kurzer internationaler Vergleich, wie absurd diese Aussage ist. So ist die öffentliche Beschäftigungsquote in den skandinavischen Ländern teilweise doppelt so hoch wie in Deutschland. Dies ist der weitere Vorteil starker öffentlicher Institutionen: Mehr Kinderbetreuung, bessere Schulen, stärkere öffentliche Forschung und neue Pflegeangebote schaffen auch neue Jobs für ErzieherInnen, LehrerInnen, PflegerInnen, SozialarbeiterInnen, BetreuerInnen bis hin zu HausmeisterInnen. Darunter werden viele qualifizierte Tätigkeiten sein, aber auch Tätigkeiten für Geringqualifizierte, beispielsweise Hilfestellungen bei der Alltagsbewältigung für alte Menschen oder bei Nachmittagsangeboten von Ganztagschulen. Der Ausbau öffentlicher Institutionen würde somit auch Arbeitslosigkeit abbauen.

Dazu wird es jedoch auch notwendig sein, den öffentlichen Dienst grundlegend zu reformieren. Im internationalen Vergleich werden deutsche LehrerInnen sehr gut bezahlt – und arbeiten zugleich unter katastrophalen Bedingungen, wie die enorm hohen psychisch bedingten Krankheitsausfälle zeigen. Die von uns skizzierten Veränderungen an den deutschen Schulen würden den LehrerInnenberuf attraktiver und erträglicher machen und zugleich die Einstellung zahlreicher neuer LehrerInnen erfordern. Damit einhergehen muss eine Abschaffung des Beamtenstatus für LehrerInnen und die Einführung einer leistungsabhängigen Komponente innerhalb des LehrerInnengehalts. Insgesamt muss die Bezahlung im öffentlichen Dienst stärker ausdifferenziert werden – im Wettstreit mit der Privatwirtschaft um Spitzenpersonal müssen auch höhere Gehälter möglich sein, denn gute staatliche Institutionen brauchen auch gutes Personal.

Zugleich sollte die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion bei einer neuen Debatte um Arbeitszeitverkürzung einnehmen. Es ist beschäftigungspolitischer Wahnsinn und in hohem Maße ungerecht, dass auch der öffentliche Dienst den absurden Irrweg in Richtung längerer Wochenarbeitszeiten geht. Stattdessen sollte die Wochenarbeitszeit insgesamt gesenkt, ein Lohnausgleich sollte sozial gestaffelt werden: möglichst vollständiger Lohnausgleich in den niedrigsten Besoldungsstufen, kein Lohnausgleich in den höheren.

Ein neues Geschlechterverhältnis

Ein großer Erfolg des skandinavischen Sozialmodells liegt aus unserer Sicht in der höheren Geschlechtergerechtigkeit. Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt nahezu gleiche Chancen wie Männer und sie müssen nicht so stark wie in Deutschland die Doppelbelastung von Beruf und Familie tragen. Ein großer Teil dieses Erfolges liegt in den besseren öffentlichen Institutionen: sie nehmen durch umfassende Betreuungsangebote den Frauen und Familien einen Teil der Belastung ab und ermöglichen ihnen so eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Gleichzeitig stellen sie selbst auch viele Arbeitsplätze gerade auch für Frauen zur Verfügung. In diesem Modell sehen wir viele Vorteile im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern, wo viele personennahe Dienstleistungen durch prekäre, schlecht bezahlte Jobs erbracht werden (in denen wiederum häufig Frauen arbeiten müssen), aber gerade auch zum deutschen Modell, das

immer noch davon ausgeht, dass Frauen diese Dienstleistungen unentgeltlich erbringen müssen. Deutschland erzielt damit dann auch eine deutlich niedrigere Frauenerwerbsquote, zudem sind viele Arbeitsplätze von Frauen Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigungen, in denen dann auch noch ein schlechterer Lohn bezahlt wird als bei Jobs, in denen hauptsächlich Männer beschäftigt sind. Von Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt kann also keine Rede sein. Deswegen sprechen wir uns auch aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit für einen Ausbau öffentlicher Institutionen und für mehr Beschäftigung aus. Zugleich braucht es in Deutschland einen Wandel der Rollenbilder. Eine Frau, die öffentliche Betreuungsangebote annimmt, darf nicht mehr direkt oder indirekt als "Rabenmutter" beschimpft werden. Frauen haben das gleiche Recht zu arbeiten wie Männer. Zudem müssen Männer verstärkt in die Familien- und Haushaltsarbeiten miteinbezogen werden. Hier ist die Teil-Koppelung des Elterngeldes an eine Auszeit auch des Mannes der richtige Weg.

Artikelart:

Beschluss

Über uns:

Beschlüsse

Vom 12 Mai 2006 - 02:00